

Behördenvermerke: _____

Antrag auf Überprüfung der Einkommensgrenze nach § 13 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW)
(Zinssenkungsantrag der NRW.Bank)

1. Antragstellerin/Antragsteller:

Name/Vorname _____ Geburtsdatum _____

Straße/Hausnummer _____ Postleitzahl/Ort _____

E-Mail-Adresse _____ Telefonnummer _____

Staatsangehörigkeit _____ Aufenthaltserlaubnis bis _____

Familienstand ledig verwitwet getrennt lebend geschieden verheiratet seit _____

Art der Einkünfte: _____

2. Haushaltsangehörige, die mit der Antragstellerin/dem Antragsteller eine öffentlich geförderte Wohnung bewohnen – **innerhalb von 6 Monaten** beziehen werden

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Familienstand	Staatsangehörigkeit	Art der Einkünfte
1.							
2.							
3.							
4.							
5.							
6.							
7.							

3. Zugehörigkeit zu besonderen Personengruppen

- Ich oder ein Haushaltsangehöriger (Nr. 2)
- ist schwerbehindert/schwerbeschädigt zu _____ %
 - hat einen Pflegegrad von _____
 - ist Rollstuhlfahrer
 - _____
- (Nachweise bitte in Kopie dem Antrag beifügen)

9. Erklärung

- a) Hiermit erkläre ich, dass ich sowie alle Haushaltsangehörigen außer den in meinem Antrag beigefügten Einkünften **keinerlei weitere Einnahmen** (auch nicht aus Nebentätigkeit oder Nebenbeschäftigung) haben.
- b) Innerhalb der nächsten 12 Monate sind – keine – Änderungen beim Haushaltseinkommen zu erwarten.

Mit folgenden **Einkommensänderungen** ist zu rechnen:

- c) Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass außer den im Antrag angegebenen Personen, **keine weiteren Personen** in meinem Haushalt leben oder alsbald (innerhalb von 6 Monaten) leben werden.
- d) Ich erkläre, dass für mich sowie für meine Haushaltsangehörigen kein weiterer Wohnsitz im Ausland oder Inland besteht und ich/wir uns nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhalten werden.
- e) Mir ist bekannt, dass die Genehmigung des Antrages gebührenpflichtig ist.
- f) Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Erklärung. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als mittelbare Falschbeurkundung nach § 271 Strafgesetzbuch unter Umständen als Betrug nach § 263 Strafgesetzbuch verfolgt und bestraft werden können. In einem solchen Fall bleibt der Widerruf der Wohnberechtigungsbescheinigung vorbehalten.
- g) Ab dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu den Rechten von betroffenen Personen. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Zur Durchführung des WFNG NRW bzw. zur Ermittlung der Einkommensgrenze nach § 13 des WFNG NRW, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, § 25 WFNG NRW). Die Abteilung Wohnungsmanagement ist hierbei "Verantwortliche" im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO.

Hinweis:

Da die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines/Benutzungsgenehmigung/Freistellung/Bescheinigung über die Einhaltung der Einkommensgrenzen im mit öffentlichen und nicht öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau strikt an die gesetzlichen Einkommensgrenzen gebunden ist, ist die Bearbeitung Ihres Antrages entscheidend davon abhängig, dass die geforderten Unterlagen (siehe beiliegendes Merkblatt) vollständig und zeitnah von Ihnen vorgelegt werden. **Es liegt damit in Ihrem eigenen Interesse, an der Klärung der Antragsvoraussetzungen mitzuwirken.**

Ort, Datum _____

Unterschrift(en) aller im Antrag aufgeführten, volljährigen Personen
